

PRESSEMITTEILUNG #318 – 09. Februar 2022

Birte Pauls:

SPD fordert Aktionsplan für die Geburtshilfe

Zum Antrag der SPD-Fraktion „Geburtshilfe in Schleswig-Holstein stärken“ (Drs. 19/3628) erklärt die stv. Vorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birte Pauls:

„Die Situation der schleswig-holsteinischen Geburtshilfe ist besorgniserregend. Zu Recht machte zuletzt der Hebammenverband in einem offenen „Hilferuf“ darauf aufmerksam. Nachdem der Kreißaal in Ratzeburg überraschend geschlossen wurde, steht auch die Geburtshilfe in Eckernförde vor dem endgültigen Aus. Und das obwohl Ministerpräsident Daniel Günther versprochen hatte, den Kreißaal zu erhalten. Wieder einmal müssen wir feststellen, dass die Versprechen Daniel Günthers von 12 bis Mittag halten!

Die Folgen für Schwangere sind dramatisch: Kreißaalschließungen bedeuten für sie weitere Wege und somit längere Anfahrtszeiten. Nicht immer sind die Wehen gut einschätzbar und die Verkehrssituation oft belastet – Parkplatzgeburten wie im Januar in Eckernförde sind ein dramatisches Beispiel dafür.

Mit der Ökonomisierung des Gesundheitswesens ging in den letzten Jahren eine Ausdünnung der Versorgung einher. Dieser Entwicklung muss ein Ende gesetzt werden, denn eine flächendeckende Geburtshilfe ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss Teil der Grund – und Regelversorgung sein! Es braucht einen Paradigmenwechsel in der Geburtshilfe und Veränderungen der Rahmenbedingungen, um die Sicherheit von Kind und Mutter vor, während und nach der Geburt flächendeckend in Schleswig – Holstein zu gewährleisten! Die Landesregierung hat hierfür keinen Plan, sondern sieht den Schließungen nur achselzuckend zu. Hebammen leisten enormes, sie benötigen die fachlich orientierten Rahmenbedingungen, damit sie in ihrem Beruf bleiben und kein Nachwuchsmangel entsteht.

Die SPD fordert deshalb von der Landesregierung einen Aktionsplan zur Stärkung der Geburtshilfe. Dieser soll unter anderen folgende Punkte beinhalten:

- die Evaluierung möglicher Fehlanreize bezüglich der Vergütung von Spontangeburt und Sectio sowie die Veränderung der Vergütung in der Geburtshilfe,
- die Einführung eines Personalschlüssels für eine 1:1 Betreuung durch Hebammen während der Geburtsphase,
- die Entwicklung eines Planes zum Ausbau hebammengeleiteter Kreißsäle;
- die Möglichkeit und Vergütung der ambulanten Geburtsvor- und -nachsorge für angestellte Hebammen in Kliniken,
- den Ausbau der telemedizinischen Angebote und

- die Erstellung von Konzepten für eine sichere Geburt für werdende Mütter von Inseln, Halligen und ländliche Gebieten, die große Abstände zu Kreißsälen haben; unter Beteiligung aller Akteure.

Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich auch auf Bundesebene für eine Stärkung der Geburtshilfe und die Veränderung der Rahmenbedingungen einzusetzen!“